



Mai 2019

Aktive Baulandentwicklung für Dortmund

Antrag:

Der SPD Ortsverein Barop fordert den SPD-Stadtbezirksparteitag, die SPD-Ratsfraktion sowie den SPD-Unterbezirksparteitag auf, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die SPD in Dortmund setzt sich für eine aktive Politik in der Baulandentwicklung ein. Sie wirkt dem Wohnungsmangel und den steigenden Preisen für Bauland und Wohnraum entgegen und stößt folgende Maßnahmen an:

1. Einrichtung eines kommunalen Baulandfonds, dessen Zweck der Erwerb und die Entwicklung von Rohbauland hin zum baureifen Land ist. Politik eines „kommunalen Bodenvorrates“ als Reserve für zukünftige Entwicklungen. Ausübung des Vorkaufsrechts bei Ankauf von Grundstücken, die für den Wohnungsbau geeignet sind.
2. Kein Verkauf städtischer Grundstücke an private Investoren mehr. Vergabe von städtischem Bauland zu vergünstigten Konditionen an lokale Träger des sozialen Wohnungsbaus (Genossenschaften, DOGEWO, Studierendenwerk etc.) unter der Voraussetzung des Baus von Wohnungen mit - wenn möglich - unbefristeter Sozialbindung. Einführung einer Differenzierung der bisherigen 25%-Quote für den sozialen Wohnungsbau mit Erhöhung bei Baumaßnahmen auf städtischen Grundstücken bis max. 50 % und bei privatwirtschaftlichen Bauvorhaben von mind. 30 %.
3. Aktive und partizipative städtebauliche Verfahren, dies beinhaltet sowohl das Verfahren zum Flächennutzungsplan als auch das Bebauungsplanverfahren. Keine Planung im vereinfachten oder beschleunigten Verfahren ohne frühzeitige Bürgerbeteiligung. Die frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird generell für jedes Verfahren vorausgesetzt und muss verpflichtend sein.
4. Präventive Aufstellung von Bebauungsplänen auf potentiellen Flächen initiiert durch den Rat der Stadt.

Begründung:

Ob zur Miete oder im Wohneigentum – für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden oder sich gegen überhöhte Forderungen von Vermietern oder Verkäufern zu wehren. Gerade in den Großstädten und Innenstadtlagen hat die Wohnungsknappheit in den letzten Jahren so stark zugenommen, dass die Mietkosten

36 mittlerweile quer durch alle Berufsgruppen und Einkommensklassen zu einer großen
37 Belastung der Haushalte geworden sind.

38 Wie in vielen anderen Städten und mittlerweile auch im Umland, so ist auch in Dortmund,
39 selbst für normalverdienende Mieterinnen und Mieter, Wohnraum zunehmend unbezahl-
40 bar geworden. Immer mehr Haushalte überschreiten die kritische Grenze von 30 % ihres
41 Haushalteinkommens für Wohnkosten. Oft ist es sogar mehr als die Hälfte. Armut in
42 einem reichen Land ist die Folge. Insbesondere Menschen in unteren und mittleren
43 Einkommensgruppen, haben Schwierigkeiten eine Wohnung zu finden. Es fehlt an
44 bezahlbaren Wohnungen – insbesondere an barrierefreiem Wohnraum und an Wohnun-
45 gen für Studierende, Auszubildende, alleinstehende Hilfeempfängerinnen und –empfän-
46 ger sowie Familien.

47 Nicht nur dass es viel zu wenig städtische Baugrundstücke gibt, die vorhandenen
48 städtischen Grundstücke werden zudem oftmals zu Höchstpreisen angeboten. Zur
49 Schaffung von mehr öffentlich-gefördertem Wohnraum können aber insbesondere die
50 kommunalen Wohnungsunternehmen und für die Versorgung mit Wohnraum für
51 Studierende das Studierendenwerk als öffentliche Institution beitragen und die benötigen
52 dann auch preiswerte Grundstücke.

53 Wir wollen Immobilienspekulationen eingrenzen und den Schutz vor ungerechtfertigten
54 Mietpreiserhöhungen erhöhen. Aus diesem Grunde ist eine aktive politisch motivierte
55 Baulandentwicklung für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums unerlässlich.

56 Eine Erarbeitung von städtebaulichen Konzepten gemeinsam mit den Einwohnerinnen
57 und Einwohnern der angrenzenden Quartiere sowie eine Nutzung sog. „Bürgerlabore“
58 oder anderer alternativer Partizipationsverfahren sollen die Akzeptanz in der Bürgerschaft
59 erhöhen.

60